

Foto: Nikolas Tasse



Zauberwort des Jahres: Partizipation

oder auch Teilhabe genannt. Die SPD überschlägt sich momentan, Menschen den Eindruck zu vermitteln, sie wären wichtig für die SPD. Dialogboxen, Partizipationsforen und Hausbesuche jagen einander. Doch wenn's darum geht, Bürgerinnen und Bürger mal zu fragen, ob und wie eine Parkraumbewirtschaftung, sprich Geld bezahlen fürs Parken, in der Köpenicker Altstadt aussehen soll – Fehl-anzeige. Es bleibt, wie immer, beim Wahlkampfgeklingel. Mehr über diese Geschichte erfahren Sie im nächsten blättchen.

Ein genervter Köpenicker

Die LINKEN-Plakate sind da!

Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, präsentierte das erste der Großflächenmotive, mit denen die Partei in den Bundestagswahlkampfziehen wird. DIE LINKE kommuniziert damit Werte wie Gleichheit, Respekt, Würde, Konsequenz, Solidarität, Frieden. Sie kommuniziert auch Zahlen. Zahlen, die den Unterschied zu den anderen Parteien machen (10 Euro Mindestlohn, 1050 Euro Mindestrente). Zahlen, die Menschen vor Armut schützen würden. Das alles sind Forderungen, solche mit Nachdruck und deshalb mit Ausrufezeichen. DIE LINKE sagt laut und deutlich, was sie für richtig und wichtig hält. Aber sie macht kein Geschrei. Sie artikuliert unnachgiebig die Interessen derer, die kein Gehör finden würden. Denn das ist ihre Funktion.

Kitaplatz-Ausbau gelungen

Treptow-Köpenick liegt deutlich vor anderen Regionen

Im Gegensatz zur Situation in anderen Bundesländern ist es gelungen, den Ausbau von Kita-Plätzen in unserem Bezirk erfolgreich voranzutreiben, erklärte Gernot Klemm, Jugendstadtrat (DIE LINKE) zum Stichtag 1. August. In einem Jahr, vom 30.6.2012 bis 30.6.2013, sei es gelungen, die Anzahl der angebotenen Plätze von 9.431 auf 10.170 zu erhöhen und damit das Ziel, zum Jahresende 10.000 Plätze vorzuhalten, zu überbieten. Bis Ende 2014 werden weitere 500 Plätze dazukommen, so Klemm. Noch im Juni 2013, dem Monat mit der

höchsten Kita-Auslastung, konnten die Elternwünsche nach einem Kita-Platz im Bezirk weitestgehend, wenn auch nicht immer wohnortnah, erfüllt werden. So werde es nach den bezirklichen Planungen auch in Zukunft bleiben. Das hat allerdings wenig mit dem Wirken der Bundesregierung zu tun. Es ist einerseits durch Prioritätensetzung und unendliche Kraftanstrengungen der verantwortlichen Mitarbeiterinnen des Jugendamtes gelungen. Zum Anderen wirke hier die Politik des rot-roten Berliner Senats nach, der lange vor der Bundesregierung auf die

Kita als wichtige Bildungseinrichtung, auf Kita-Ausbau und kostenfreie Kita-Plätze gesetzt und so schon bis 2011 einen Betreuungsgrad von 76% der 1-bis-3-Jährigen und 95% der 3-bis-6-Jährigen im Bezirk erreicht habe, so Gernot Klemm. Zum Betreuungsgeld gab es bis Ende Juli erst zwei Anträge in Treptow-Köpenick. Dazu muss man aber einschränkend bemerken, dass aufgrund des Gesetzes der Anspruch erst für Kinder gilt, die ab 1.8.2012 geboren sind und dann auch im Grundsatz erst nach Bezug des Elterngeldes von 14 Monaten. Von Ausnahmen abgesehen, kann damit für die ersten Kinder erst ab 1.10.2013 gezahlt werden. Allerdings gab es in der Kita-Gutscheinstelle bisher so gut wie keine Fragen nach dem Betreuungsgeld. Der Trend geht in TK klar Richtung Kita-Platz ...

IN DIESER AUSGABE

- Seite 2:** Ein etwas ratloser Stadtrat
- Seite 3:** Ihnen einen schönen Einkauf, und der Verkäuferin einen guten Lohn
- Seite 3:** Solidarische Bürgerversicherung

**Gysi
meint...**



Armutsfaktor Mieten

Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung förderte zutage, dass in 60 der 100 größten Städte den einkommensärmeren Haushalten nach Abzug der Mieten und Mietnebenkosten weniger Geld zur Verfügung steht als Menschen, die Sozialleistungen wie Hartz IV erhalten. Angesichts rasant gestiegener Mieten vor allem in den städtischen Ballungsgebieten stieg der Anteil der Mietbelastungen an den Haushaltseinkommen bis 1.300 Euro netto auf über 45%.

Um das wachsende Armutsrisiko durch die Mietenexplosionen einzudämmen, ist als Sofortmaßnahme die Erhöhung des Wohngeldes um 10% notwendig, das zuletzt vor vier Jahren erhöht wurde. Auch der Heizkostenzuschuss, der von der amtierenden Bundesregierung abgeschafft wurde, muss wieder eingeführt werden. Darüber hinaus müssen die Kommunen das Recht erhalten, gesetzliche Höchstmieten festzulegen, damit die Haushalte mit niedrigen Einkommen nicht mehr als die Hälfte ihres Budgets für Mieten ausgeben müssen und nicht unter das Existenzminimum fallen. Durch eine Kappung der Mieten muss erreicht werden, dass niemand mehr als 30% des Einkommens für Mieten und Mietnebenkosten aufwenden muss.

Außerdem sollten Mieterhöhungen bei Neuvermietungen, ohne dass sich an der Qualität der Wohnungen etwas verändert hat, untersagt werden. Vor allem muss den Mietpreissteigerungen dadurch Einhalt geboten werden, dass der zum Erliegen gekommene soziale Wohnungsbau wieder angekurbelt werden muss. Wir brauchen mindestens weitere 150.000 Wohnungen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden und deren Mieten deutlich und dauerhaft begrenzt sind.

Gute und bezahlbare Wohnungen sind ein soziales Grundrecht und Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Hier darf nicht gespart und der Wohnungsmarkt privaten Investoren, Hedgefonds und Spekulanten überlassen werden.

Ein etwas ratloser Stadtrat

Manche werden sich noch vage erinnern. Im Jahr 2004 wurde in der BVV der Bau der Verkehrsentlastung von Oberschöne-weide, auch Südostverbindung genannt, beschlossen. Aus Sicht der Verkehrsplaner des Senats und einiger bezirklicher Politiker als erster Bauabschnitt einer neuen vierspurigen Verbindung zwischen Rummelsburger Landstraße und der A113. Umstritten war der damals prognostizierte zweite und dritte Bauabschnitt in Baumschulenweg. Nicht nur ob der verkehrlichen Notwendigkeit, sondern auch wegen der erheblichen Beanspruchung der Kleingartenflächen. Mindestens vier Kleingartenkolonien hätten dran glauben müssen. Auf Druck vor allem der Linksfraktion wurde damals ein Kompromiss geschlossen. Erster Bauabschnitt ja, aber vor dem Weiterbau Überprüfung der Trassenführung und Analyse der verkehrlichen Entlastung durch den Weiterbau der A100 bis zur Elsenbrücke, der ja 2015 fertig sein sollte. Neun Jahre später, also heute, sind wir noch genauso wenig schlau wie damals. Der erste Spatenstich für die Umfahrung von Oberschöne-weide soll in diesem Jahr noch geschehen, den für den Weiterbau der A100 haben wir gerade erlebt. Und der Verkehr sucht seinen Weg und findet die Baumschulenstraße und die Späthstraße als, aus der östlichen Innenstadt kommend, erste Möglichkeit, die A113 zu erreichen. Beim Abfahren ist dies genauso. Natürlich führt das zu einer partiellen Überlastung. Nun gibt es offensichtlich einen nicht näher spezifizierten Druck, Wohnungsbau und Gewerbe auf Flächen an der neuen Späthstraße zu etablieren. Aber neue Ansiedlungen erzeugen neuen Verkehr und das ist ein Problem. Da wird der Stadtplanungsausschuss mit einem Gutachten konfrontiert, das zwar schon zwei Jahre in der Schreibtischschublade schlummerte und feststellt: die bestehende Späthstraße kann diesen zusätzlichen Verkehr nicht mehr aufnehmen. Darüber hinaus wird festgestellt, sie kann selbst mit erheblichen Mitteln kaum sinnvoll „ertüchtigt“ werden. Ein neues Planfeststellungsverfahren für eine andere Trassenführung wird sicherlich erhebliche Zeit brauchen. Da ist ja denn auch noch die Bahn zu unterqueren, deren Anlagen aber gerade erneuert wurden. Die angedeutete Überlegung des Baustadtrates Rainer Hölmer (SPD), nach dem ersten nun den dritten Bauabschnitt

zu planen (zwischen Baumschulenbrücke und Neue Späthstraße), mutet abenteuerlich an. Die ganze Diskussion war etwas mystisch. Fragen sind: Welche Bauabsichten bestehen – wo – von wem? Warum wurde nur die Späthstraße als Erschließung betrachtet? Warum wurde die Erschließungsfrage nicht von der Neuköllner Seite beziehungsweise von der A113 her betrachtet? Was wird perspektivisch aus den Kleingartenkolonien? Welche Rolle könnte die Johannistaler Chaussee spielen? Welche alten Verabredungen sind heute noch bekannt und welche Rolle spielen sie? Fragen über Fragen, die eher für einen Runden Tisch als für Geheimniskrämerei sprechen.

■ ■ Ernst Welters



Plakatspende

In der Juniausgabe des blättchen hatten wir auf die Möglichkeit der Spende einer Plakat-Großfläche hingewiesen. Nun ist es auch möglich, eine personalisierte Großfläche für Gregor in Treptow-Köpenick zu spenden (sh. Bild). Unter folgender Webadresse kann gespendet werden: www.die-linke.de/dielinke/spenden/direkt/berlin/gregorgysi/

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift des Bezirksverbandes und der BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Bernhard Brügger, Karin Franzke, Edith Karge, Helga Pett.
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
Druck: Druckerei Bunter Hund, Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. Juli 2013
Redaktionsschluss für „blättchen 195“: 27.8.2013
Ausgabebetrag blättchen 195: Do, 5. September 2013
Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.

Ihnen einen schönen Einkauf...

... und der Verkäuferin einen guten Lohn



Dieser Slogan zielt den Flyer der Partei DIE LINKE zur Unterstützung des Arbeitskampfes der Beschäftigten im Einzelhandel. Verteilt wird er seit einigen Wochen von Mitgliedern und Sympathisanten der Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft (LAG B&G) vor den bestreikten Kaufhäusern und Einzelhandelsfilialen. Doch weshalb zieht die Gewerkschaft ver.di in den Arbeitskampf und ruft zum Streik in den Läden oder Kaufhäusern auf, wenn es dem Einzelhandel nicht nur in Treptow-Köpenick, sondern auch in ganz Berlin und darüber hinaus richtig gut geht?

Wie durch Nils Busch-Petersen, den Hauptgeschäftsführer vom Handelsverband Berlin-Brandenburg gegenüber der Faktion der LINKEN bestätigt wurde (siehe Juli-blättchen), hat der Einzelhandel in den letzten Jahren hier eine erfolgreiche Entwicklung genommen. Das Gedränge im neu eröffneten Einkaufstempel am S-Bahnhof Köpenick oder bei Kaufland in Adlershof ist hier ein gutes Beispiel.

Getreu dem Motto „Wenn es der Wirtschaft gut geht, dann geht es auch den Menschen gut“ müssten auch die Mitarbeiter im Einzelhandel von dieser Entwicklung profitieren. Das ist jedoch nicht der Fall, wie uns Beschäftigte des Forums Köpenick sagten. Sie befürchten eher eine weitere Verschlechterung bei den Arbeitsbedingungen und Löhnen. Grund hierfür ist die nahezu bundesweite Kündigung sämtlicher Tarifverträge für die Branche durch den Hauptverband des Einzelhandels (HDE), den Arbeitgeberverband. Dies bedeutet, dass sowohl Lohn- und Gehaltstarifvertrag als auch Manteltarifvertrag neu verhandelt werden müssen. In diesen heißen Sommertagen können wir beim Einkaufen prima auf unseren Mantel verzichten.

Anders geht es den Beschäftigten im Einzelhandel – und dies bundesweit. Sie kämpfen um ihren „Mantel“, der ihnen zumindest bis vor kurzem partiellen Schutz bot. Gemeint ist der Manteltarifvertrag im Einzelhandel, in dem die Rah-

menbedingungen zu den Themen Urlaubsanspruch, Überstunden-, Nacht- und Feiertagszuschläge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld und vieles mehr geregelt werden und der zusammen mit dem Lohn- und Gehaltstarifvertrag von der Arbeitgeberseite gekündigt wurde.

Während die Gewinne der Einzelhandelsunternehmen in den letzten zehn Jahren von 13 Mrd. Euro auf 20 Mrd. Euro gestiegen sind, müssen mehr als 150.000 Beschäftigte in der Branche ihren Lohn mit Hartz IV aufstocken. In dieser Situation wollen die Arbeitgeber noch eine weitere Niedriglohngruppe für die Kolleginnen, welche die Regale einräumen, einführen.

Um eine solche Entwicklung zu verhindern, kämpft die Gewerkschaft ver.di dieses Mal nicht allein. So gibt es eine enge Kooperation zwischen der Gewerkschaft und dem Sozialistischen Studierendenverband (SDS), der Partei DIE LINKE und der Blockupy-Bewegung. Ausdruck der Zusammenarbeit sind nicht nur die vielfältigen Veranstaltungen der genannten Beteiligten zum Thema Einzelhandelsstreik, sondern auch Patenschaften von einzelnen Basisorganisationen bzw. Ortsgruppen mit Verkaufseinrichtungen und die direkte Beteiligung an Warnstreikaktionen und Aktivitäten wie dem „Flashmob“ (mit Gesichtsmaske verkleidet Flyer verteilen). Zudem fand im letzten Monat die erste bundesweite Aktionswoche der Partei DIE LINKE zur Unterstützung der ver.di-Forderungen statt, an welcher sich auch die Berliner LAG B&G beteiligte.

■ ■ **Ralf Rippel,**
(Landessprecher der LAG-Betrieb & Gewerkschaft)

Solidarische Bürgerversicherung

Die gesundheitliche Versorgung der Treptow-Köpenicker hat sich durch eine leichte Aufstockung der Hausarztstellen verbessert, stellte Stadträtin Ines Feierabend beim Ortsverband Adlershof der LINKEN fest. Das Hauptproblem liege in der nicht differenzierten Betrachtung des „gesundheitlichen Versorgungsraumes“ von Berlin. Hier sei es unverzichtbar, zu einer Lösung zu kommen, die die „lebensweltlich orientierten Räume“ berücksichtige. Als Mitglied der Trägerversammlung des Jobcenters ist es Ines Feierabend ein besonders Anliegen, langzeitarbeitslose Menschen zu unterstützen. So koordiniert sie die Einsatzfelder für Arbeitsmarktinstrumente des Bezirkes, auch

wenn sie keinen Einfluss auf die immer weniger werdenden Mittel des Bundes für die Eingliederung von Hartz IV-Empfangenden hat. Sie kritisiert deutlich die unzureichenden Instrumente und Mittel im Sozialgesetzbuch II.

Treptow-Köpenick ist der Bezirk, in dem Menschen gesund älter werden können. Die segensreiche Arbeit der Sozialkommissionen mit ihren zahllosen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern trägt dazu bei, dass Menschen in ihrer vertrauten Umgebung möglichst lange verbleiben können und nicht vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Veranstaltungen des Sozialamtes sorgen immer wieder

für einen guten Kontakt zwischen ehrenamtlich Tätigen und den betroffenen Menschen. Ein gutes Netzwerk unterstützt diese Bemühungen. Hier seien das LIK (Leben im Kiez), die Sternenfischer und die vielen Kiezklubs im Bezirk stellvertretend genannt. Die Seniorenvertretung bemüht sich, die Probleme und Sorgen der alten Menschen im politischen Raum zu thematisieren und für Abhilfe zu sorgen.

Nach der Situation der paritätisch finanzierten Sozialversicherung gefragt, sprach sich Ines Feierabend für eine „Solidarische Bürgerversicherung“, wie sie auch im Parteiprogramm der LINKEN gefordert wird, aus, in der alle gesellschaftlichen Gruppen ihren finanziellen Beitrag leisten müssen.

■ ■ **Martin Schmidt-Bugiel**

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

im August zum

- 98. Susanne Auer
- 94. Johanna Naumann
- 93. Werner Gärtner
- 92. Elfriede Scholz, Willi Züge
- 91. Rita Keller, Rudi Stern
- 90. Hildegard Müller
- 85. Ruth Leyk, Ursula Scholz,

- Erika Stephan, Hildegard Reich,
Helmut Bethge, Günther Schmidt
- 80. Christel Kapinos,
Karla Schwuchow,
Werner Benkenstein,
Eberhard Langen, Hannes Stark
- 75. Dorit Kunze
- 70. Barbara Mergen



LINKE startet bei Drachenboot-Nachtrennen

Der Sportverein der LINKEN Bundestagsfraktion wagt sich am 17. August auf vollkommen neues Terrain. Am Badeschiff an der Arena Berlin in Treptow startet das Team des SV Rote Socken e.V. beim 1. Berliner Dragonboat Nigthrace und macht so paddelnd Wahlkampf. Wie so oft werden die Roten Socken auch im Drachenboot von ihrem lautstarken und freudigen Fanclub angetrieben und freuen sich über weitere Zuschauerinnen und Zuschauer. Los geht es ab 21 Uhr. Wer selbst zu paddeln greifen oder aber mehr Informationen zum Rennen selbst haben möchte, kann sich noch bis kurz vor Rennbeginn an info@rotesocken.de wenden.

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE ++

Alles Gute zur Einschulung!



Wir wollen, dass unsere Kinder gut in der Schule ankommen. Deshalb setzt sich die Fraktion DIE LINKE für sichere Schulwege ein. Wo sehen Sie Gefahrenstellen?
mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de

DIE LINKE.
IN DER BVV TREPTOW-KÖPENICK

- FR 09.8. 19.00 Uhr** ver.di-Aktivist, Rolf Becker, liest im Arndt-Bause-Saal des Freizeitforum Marzahn an der Marzahner Promenade 55, das Manifest der Kommunistischen Partei, das 2013 von der UNESCO in das Gedächtnis der Welt aufgenommen wurde
- SA 10.8. 12.00 Uhr** Kiezfest Altglienicke, Ortolfstraße 182 (am ABZ)
- SA 24.8. 10.00 Uhr** Eröffnung der 39. Berliner Seniorenwoche auf dem Breitscheidplatz.
- SA 24.8. 16.00 Uhr** Zur Wahl. Die Direktkandidaten zur Bundestagswahl des Wahlkreises 84 Treptow-Köpenick stellen sich zur Diskussion. Mit dabei: Gregor Gysi, DIE LINKE, sowie die Direktkandidaten der CDU, SPD,

FDP, Grüne, Piraten. Moderation: Dietmar Ringel, Inforadio Berlin. Campus Kiezspindel, Rudower Straße 37/39, 12557 Berlin

- DI 27.8. 15.00–18.00 Uhr** Open-Air-Wahlveranstaltung mit Gregor Gysi am Elcknerplatz
- FR 30.8. 11.30 Uhr** „Wohnen im Alter“, Podiumsdiskussion mit Fachleuten aus Berliner Bezirken, Rosa-Luxemburg-Saal des Karl-Liebknecht-Hauses, Kleine Alexanderstraße 28
- SA 7.9. 10.30 Uhr** Polit. Frühschoppen, Gaststätte „Zum Hauptmann von Köpenick“, Oberspreestraße 148
- SO 8.9. 11.00 Uhr** Auftakt zum Tag der Erinnerung vor der ehemaligen Kohlenhandlung der Widerständler Annedore und Julius Leber in der Torgauer Straße/Gotenstraße mit Fahrradkorso zum Tempelhofer Feld.
- SO 8.9. 13.00 Uhr** Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung Tempelhofer Feld, Eingang Columbiadamm
- MO 9.9. 15.00 Uhr** Beratung der AG Seniorenpolitik, Geschäftsstelle Brückenstraße. THEMA: Die nächsten aktuellen Aufgaben zur Weiterführung des Wahlkampfes. Gäste sind wie immer vor allen aus befreundeten Vereinen und Verbänden willkommen

DIE LINKE vor Ort

- 8.8. | 15:00–17:00** | Spindlersfeld, Oberspreestraße, vor Kaiser's
- 10.8. | 09:00–11:30** | Johannisthal, vor Kaiser's Süd
- 10.8. | 09:00–12:00** | Friedrichshagen, Marktplatz
- 10.8. | 09:00–11:30** | NSW, vor Netto Schnellerstraße
- 10.8. | 09:30–12:00** | Rahnsdorf, Püttbergeweg, vor Apotheke „Zum weißen Schwan“
- 10.8. | 09:30–12:00** | OSW, Wilhelmnienhofstraße, vor LIDL
- 10.8. | 09:30–12:00** | OSW, Edison-/Ecke Rummelsburger Str., vor REWE
- 16.8. | 08:00–10:00** | Adlershof, S-Bhf. Radveny-Straße, Richtung Kaufland
- 16.8. | 15:00–18:00** | Bohnsdorf, Waltersdorfer Straße, vor NETTO
- 24.8. | 09:00–12:00** | Müggelheim, vor Edeka
- 24.8. | 10:00–12:00** | Spindlersfeld, Oberspreestraße, vor Kaiser's
- 24.8. | 10:00–12:00** | Altglienicke, vor Kaiser's, Siriusstr.
- 24.8. | 09:00–12:00** | Friedrichshagen, Marktplatz
- 28.8. | 14:00–17:00** | Köpenick Nord, S-Bahnhof Köpenick
- 29.8. | 09:30–12:00** | Adlershof, Marktplatz
- 31.8. | 10:00–12:00** | Allendeviertel, Pablo-Neruda-Straße, vor Allende-Center
- 31.8. | 09:30–12:00** | Rahnsdorf, Fürstenwalder Allee, vor Edeka (Seniorenresidenz)
- 31.8. | 09:00–12:00** | Müggelheim, vor Edeka

Sozial- und Mietenberatung

Kostenlose Sozial- und Mietenberatung mit dem Rechtsanwalt Kay Füßlein im Bürgerbüro der Bundestagsabgeordneten Halina Wawzyniak
Donnerstag, 22. August 2013
16.00 – 18.00 Uhr
Mehringplatz 7, 10969 Berlin (U-Bhf. Hallesches Tor U1/U6)
Anmeldung unter 030/25 92 81 21

Basistreffen

MO 19.8. | 17.00 Uhr Allendeweg 1, Themen: Wahlkampf, Situation im Einzelhandel
MO 02.9. | 17:00 Uhr Rathaus Treptow, Thema: Endspurt Wahlkampf

Beratungen des Bezirksvorstandes

DI 27.8. | 19:00 Uhr Allendeweg (im Anschluss an die Veranstaltung auf dem Elcknerplatz)